

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Bezugspunkten und in allen Städten erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Bezugspreis monatlich (bei Post 2,50 M. halbjährlich 1,25 M. durch die Post bezogen monatlich 2,30 M. ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdener Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-2 / Geschäftsstelle u. Expedition: Mühlentorstraße 2 / Fernsprecher: 17259 / Postfach: Dresden Nr. 18699 / Dresdener Verlagsgesellschaft
Schäftsleitung: Dresden-2, Mühlentorstraße 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Mittwochs 16-18 Uhr, Sonnabends 13-14 Uhr
Anzeigenpreis: Die normal gestaltete Nonpareilzeile oder deren Raum 0,35 RM, für Familienanzeigen 0,20 RM für die Restzeile einschließlich an den dreispaltigen Teil einer Zeile 1,50 RM. Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-2, Mühlentorstraße 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

4. Jahrgang Dresden, Dienstag den 10. Juli 1928 Nummer 159

Amnestie für Fememörder oder für proletarische Gefangene?

Die sozialdemokratische Verschandelung der Amnestie zuungunsten der politischen Gefangenen der Arbeiterschaft

Gestern nachmittag hat das Müller-Kabinett über die Amnestie beraten. Nach einer Meldung des Vorwärts wird es die Verhängung der Parteien über die Amnestie billigen.

„Danach werden Verbrechen gegen das Leben nur teilweise amnestiert. Eine Haftentlassung der Fememörder kommt danach nicht in Frage.“

Noch immer unterschlägt der Vorwärts seinen Lesern, worin die nur „teilweise Amnestie“ der „Verbrechen gegen das Leben“ besteht. Noch immer sagt er ihnen nicht, daß diese teilweise Amnestie eine Verschlechterung der Amnestieanträge ist, die selbst im Bürgerblock-Neidstag eine Mehrheit gefunden, wenn die Sozialdemokratie sie nicht verhindert hätten. Noch immer erfährt der Leser der SPD-Presse nicht, daß die Herabsetzung der Strafen für die Verbrechen gegen das Leben sich jetzt auf 7½ Jahre Gefängnis statt Festung für die lebenslanglich Verurteilten beschränkt; das weiter für die zeitlichen Zuchthausstrafen gleichfalls nur die Halbierung statt eine Zurückführung auf ein Drittel und auch die Verwandlung in Gefängnis statt Zuchthaus zugelassen werden soll.

Der Vorwärts will den Anschein erwecken, als ob durch diese von den Sozialdemokraten vor allem geforderte Verschlechterung der Amnestie nur die Fememörder betroffen würden. Wollten die Sozialdemokraten nur diese von der Amnestie ausnehmen, so brauchten sie nur den kommunistischen Antrag in der Regierung durchzusetzen, der die Fememörder, und nur diese, von der Amnestie ausnimmt.

Doch die Sozialdemokraten sind für „Gleichheit vor dem Gesetz“; sie fordern nicht die Nichtanwendung der Amnestie für die Fememörder — das wäre ja Klassenjustiz — sondern ihre Einschränkung schlechthin für alle politischen Verbrechen gegen das Leben, mögen es Proletarier oder Femebandiden sein.

So kommt es, daß diese Einschränkung der Amnestie entgegen dem Anschein, den der Vorwärts erwecken will, nicht nur die Fememörder, sondern vor allem die politischen Gefangenen des Proletariats und von diesen der Zahl nach weit mehr als die Fememörder trifft. Die Klassenjustiz des Reichsgerichts und der ihm nachstehenden Gerichte hat zahlreiche Proletarier wegen „Verbrechen gegen das Leben“ in die Zuchthäuser und Gefängnisse geschickt. Es handelt sich nicht nur um Heil und Margies, bei denen beiden die Verurteilung wegen Totschlag zudem noch selbst nach den Vorschriften des bürgerlichen Rechtes zu Unrecht geschehen ist. Mindestens noch 20 Proletarier sitzen wegen Verbrechen gegen das Leben aus politischen Gründen in den deutschen Zuchthäusern und Gefängnissen. Sie alle werden von der sozialdemokratischen Einschränkung der Amnestie getroffen. Nach einer Zusammenstellung der Roten Hilfe gehören hierher:

Zunächst die Opfer des Baifhardt-Prozesses in Stuttgart, 1927. In diesem Prozeß sind verurteilt worden:

1. Stöckler wegen Totschlags zu 13 Jahren Zuchthaus
2. Baifhardt zu 8 Jahren Zuchthaus
3. Stegmaier zu 6½ Jahren Zuchthaus
4. Groß zu 6 Jahren Zuchthaus
5. Köpfer zu 5 Jahren Zuchthaus
6. Stach zu 3 Jahren Zuchthaus
7. Daniel zu 2½ Jahren Gefängnis.

Bei allen 7 Verurteilten hat das Reichsgericht Totschlag, Teilnahme oder Beihilfe an ihm angenommen. Sie alle werden nicht voll begnadigt.

Zu diesen 7 Verurteilten des Baifhardt-Prozesses kommen noch 13 Proletarier, die wegen Verbrechen gegen das Leben noch heute in Strafkraft sitzen:

1. Ernst Peterjen, Hamburg, seit 19 zu lebenslanglichem Zuchthaus verurteilt, seit Jahren im Irrenhaus
2. Joseph Müller: 15 Jahre Zuchthaus
3. Heinrich Prossat: 12 Jahre Zuchthaus wegen Körperverletzung mit Todeserfolg
4. Rudolf Clemm: 12 Jahre Zuchthaus
5. Otto Michel: 12 Jahre Zuchthaus
6. Otto Elbers: 10 Jahre Zuchthaus
7. Emil Risch: 10 Jahre Zuchthaus
8. Friedrich Groß, Elbersfeld: 11 Jahre Zuchthaus
9. Joseph Wolff: 12 Jahre Zuchthaus
10. Karl Kerlan: 12 Jahre Zuchthaus
11. Hermann Temmes: 10 Jahre Zuchthaus
12. Wilhelm Rathhoff: 10 Jahre Zuchthaus
13. Johannes Szom: 8 Jahre Zuchthaus (Tschekoprozeß).

Alle diese 20 Arbeiter werden von den sozialdemokratischen Ausnahmen der Amnestie getroffen. Sie alle müssen, da sie die Hälfte ihrer Strafe noch nicht verbüßt haben, noch weiter im Gefängnis schmachten.

Die von den Sozialdemokraten in der Regierung durchgesetzte Amnestie, für die auch die Deutschenationalen eintreten, hilft nur dem kleinen Häuflein der Fememörder, den Werkzeugen der Ebert und Severing und der Reichswehrgenerale. Sie macht eine viel größere Zahl proletarischer Gefangener nicht krafftlos.

Die sozialdemokratische Amnestie ist keine Vollamnestie zugunsten der Arbeiter, sondern in erster Linie eine Strafbefreiung zugunsten der Fememörder. Die Vollamnestie für alle proletarischen politischen Gefangenen zu erzwingen, dafür müssen sich ohne Unterschied der Parteien alle Arbeiter mehr denn je mit vollem Nachdruck einsetzen.

Der Bombenanschlag in Moskau

Ein Attentat monarchistischer Verschwörer — Ein Aufrag der rumänischen Militärs
Die Telegraphen-Union meldet aus Kowno:
Nach Meldungen aus Moskau wird der Bombenanschlag auf das Hauptgebäude der GPU in Moskau von der GPU amlich beklagt. Nach der Mitteilung der GPU erschien am letzten Freitag um 13 Uhr mehrere Personen, die den Leiter der GPU sprechen wollten, im Hauptgebäude der GPU. Die Leute wurden in ein Zimmer gebracht, indem sich zwei Notarmisten befanden. Im Augenblick des Eintritts warf eine der Personen eine Bombe, durch die

ein Notarmist getötet wurde. Sogleich wurde die Wache des Gebäudes alarmiert. Die Attentäter, bis auf einen, der erschossen wurde, flüchteten. Der Name des Erschossenen ist Radkewitsch. Dieser war nach Mitteilung der GPU früher Page am kaiserlichen Hof und wurde vom rumänischen Generalstab nach Rußland entsandt, um terroristische Akte zu verüben. Später wurde noch ein Attentäter, ein Russe, in der Nähe von Moskau verhaftet. Weitere Einzelheiten werden amtlich noch nicht gemeldet.

Faschistenüberfall auf eine Arbeiterkundgebung

10 Personen verletzt — Die Polizei hilft den Faschisten
Berlin, 10. Juli. (Eig. Drahtmeldung.)
Am Sonntag, 8. Juli, hatte der Kultur- und Bildungssverein der polnischen Arbeiter in Deutschland zu einer Veranstaltung im Volkspark in Rauen aufgerufen. Gegen 9 Uhr, als die Teilnehmer bereits mehrere Stunden versammelt waren, erschienen 3 Autos Faschisten. Sie unternahmen einen wahren Steinhagelanschlag auf das Restaurant, Frauen und Kinder mußten flüchten. Zahlreiche Fensterläden des Volksparks wurden zertrümmert, gebrochene Fensterläden mit Beschlagungen aufgedrückt, Bilder zertrümmert usw. Obwohl die Polizei sofort beim Eintreffen der Faschisten unterrichtet wurde, erschien erst eine Stunde später ein Polizeikommando, der sich aber nicht bemerken konnte. Polizeimannschaft heranzurufen. Erst als den Faschisten ihre Munition und die Steine ausgehen, läßen sie sich unter dem Druck der nachkommenden Arbeiter gezwungen, mit ihren Autos abzuziehen. 10 Personen wurden verletzt, darunter 1 Arbeiter schwer, der sofort ins Krankenhaus gebracht werden mußte.

Der Bundestag des KJWB

Gegen die Spalter — Für Vortritt zur Roten Hilfe und IWB!

Die Tagung begann mit der erneuten Ausprechung der Abstimmung über die Anträge zum Geschäftsbericht.

Dann wurde der Bericht über die Jugendarbeit entgegen genommen. Die Jugendarbeit im KJWB steht noch in den Anfängen. In der Diskussion wurden zahlreiche Anregungen für die künftige Arbeit gemacht. Gegen die Arbeit des Berliner Jugendleiters Wundersee wurden zwar von sozialdemokratischer Seite Einwendungen gemacht, obgleich Berlin die beste Jugendarbeit im KJWB ausweist.

Abstimmung der Anträge zum Geschäftsbericht

Die Abstimmung der Anträge zum Geschäftsbericht nahmen einen breiten Raum ein.

Beschlossen wurde:
Kreise und Bezirke finanzierten sich selbst. 32:28 Stimmen.

Der Beitrag für den Bundesvorstand beträgt ab 1. Oktober 1928 20 Pf.

Die Tageszeitung wird nicht obligatorisch eingeholt. 33:29 Stimmen. Dagegen werden die Vereine verpflichtet, auf je 3 Mitglieder 1 Exemplar des „Athleten“ zu beziehen (einstimmig).

Schüler zahlen 5 Pf. Bundesbeitrag.
Gegen die Schwarzführung der Mitglieder sollen energische Maßnahmen des Bundesvorstandes ergriffen werden.

Die Verschmelzung mit dem Arbeiter-Turn- und Sportbund wurde gegen 5 Stimmen abgelehnt. (Gelleri soll sich in Leipzig für ein „organisationsmerkwürdiges“ Verhalten für den KJWB ein Diplom ausstellen lassen.)

Allen Vereinen wird empfohlen, den proletarischen Hilfsorganisationen, der Roten Hilfe und der Internationalen Arbeiterhilfe, beizutreten. (gegen 5 Stimmen).

Der Bundesvorstand ist ermächtigt, Maßnahmen zum Bau einer Bundeschule zu ergreifen.

Urwahl für Delegierte zu internationalen Kongressen gegen große Minderheit abgelehnt.

Stimmrechtlich auf Bundestagen sind nur gewählte Delegierte. Abgelehnt mit 27:24 Stimmen.
Kreise mitteilungsblätter unterliegen der Kontrolle des Bundesvorstandes

Der Antrag der Opposition, der die Aufhebung der Spaltungsbefehle der KJWB verlangt, wurde mit 39:33 Stimmen abgelehnt. Interessant ist, daß von den gewählten Delegierten 20 dafür und 13 dagegen, von den Kreisvertretern 10 dafür und 12 dagegen und vom engeren Bundesvorstand alle dagegen gestimmt haben. Die Mehrheit der Delegierten mißbilligt also die Spaltungsbefehle der Zentralkommission. Dieser Antrag wurde eigentlich nur dadurch zu Fall gebracht, daß eine Gegenresolution eingebracht wurde die scheinbar dasselbe forderte und einstimmig angenommen wurde. Hier handelte es sich um ein Manöver, um der KJWB freie Hand zu lassen und den Antrag der Opposition zu Fall zu bringen. Um so schwerer wiegen die 33 Stimmen die eine entschiedene Ablehnung der Spaltungspolitik der KJWB bedeuten. Dabei muß aber

ergänzt werden, daß alle Delegierten bis hinauf zu einigen Bundesfunktionären gegen die Zertrümmerung der Arbeiterportbewegung in Berlin und Halle sind und nur aus Parteibürokratie ihrer SPD gegenüber nicht so eindeutig dagegen protestieren wollten. Gerade dieses Beispiel zeigt, daß die Zugehörigkeit zur SPD die Delegierten hindert, ihre SPD-Führer beim richtigen Namen zu nennen und gegen ihre verbroderliche Spaltungspolitik entschiedene Stellung zu nehmen.

Nach dieser Abstimmung gab Genosse Wundersee eine Erklärung der kommunistischen Delegierten ab. Sie wurde von 17 Delegierten unterschrieben. Gelleri konnte dabei keine Redezeit nicht verbergen und brüllte, als wenn es dumme Kinder zu warnen gelte: „Praktionsarbeit, Praktionsarbeit!“ Natürlich Praktionsarbeit, Herr Cornelius Gelleri. Das ist kein Vorrecht der SPD. Und die Kommunisten scheuen davor auch dann nicht zurück wenn Gelleri in provokatorischer Weise einem Ablehndedelegierten zuruft: „Wenn du bei uns wärst hätten wir dich schon längst rausgeschmissen.“ Gelleri soll sich irren, wenn er glaubt, daß die Kommunisten politisch so schwach sind um vor seinem Druck zu kapitulieren.

Die KJWB und die Sportinternationale

Nach der vorausgegangenen Abstimmung und dem starken Widerstand der Delegierten gegen den Spaltungskurs Gelleri, Wildung und Genossen hat Gelleri sich veranlaßt gesehen, kein Referat im Ton gemäßigter zu halten, als er bisher auf der Tagung hervortrat. In einer fünfminütigen Rede von Anfang bis zu Ende kommunistischer Art, gegen die KJWB-Sportinternationale, gegen die Sowjetunion und dann Ausweichen vor jeder kontroversen Frage wie die Stellung zum Reichshausener und Westport und zu den bürgerlichen Verbänden. Kein einziges Wort gegen und über die bürgerliche Sportbewegung, kein Wort gegen die Amateurolympische. Gelleri sprach für die Politik der KJWB, ganz und gar darauf abgelehnt, die Delegierten zu täuschen. Was im SPD-Partei-Vorstand an Material in der Reichshausener Kampagne um den Bund“ zusammengetragen wurde, wurde zum wiederholten Male von Gelleri vorgelesen. Lang und breit erzählt Gelleri von kommunistischer Praktikonsarbeit, Rednern der KJWB, um damit den Rechtskurs in der KJWB zu rechtfertigen.

In der Diskussion sprach kein sozialdemokratischer Delegierter. Lediglich 3 oppositionelle Delegierte, Sellheim, Deutschmann, Berlin, und Michelsen, Hamburg, sprachen dazu und haben scharf und klar die reformistische, nach dem Bürgertum sich orientierende Politik der Kuzerner Sportinternationale entlarvt. Sie zeigten, daß das Bestreben zum Klassenkampf eine Tatsache ist, wenn man durch die Zusammenarbeit mit dem Völkerverbund und dem Bundwert Internationales Arbeitsamt den Eindruck zu erwecken versucht, als ob dadurch die Arbeiterportbewegung gefördert und der Arbeiterklasse ein Dienst erwiesen würde. Der Recht stellte Michelsen fest, daß Gelleri das Maul von der Unterfütterung der Arbeiterportbewegung durch die 2. Internationale nicht allzuweit nehmen kann, denn die sozialdemokratischen Parteien in England, Ameri-

Die Verteidigungsstellung

und Holland sind doch offene und grundsätzliche Gegner der Schaffung einer Arbeiterpartei. In Hamburg wurde ein bürgerliches Fußballspiel Deutschland-Norwegen durchgeführt, bei dem ein Sozialdemokrat Ehrenvorsitzender war.

Genosse Michelsen schloß keine Ausführungen: Wir weisen die Spaltungspolitik der SPD entschieden zurück. Wir wollen die Einheit und keine Scherbenhaufen wie Gellert.

Die Beschlüsse des Helsingforser Kongresses wurden mit 29:15 gebilligt. Dagegen wurde einstimmig der sportliche Verkehr mit der Sowjetunion gutgeheißen.

Ferner wurde mit 27 gegen 24 Stimmen beschlossen, den Bundestag alle drei Jahre abzuhalten.

Zu den Wahlen hat die SPD-Fraktion einen Wahlvorschlag vorgelegt, der die im Bund zahlreichen kommunistischen Mitglieder nicht berücksichtigt. Genosse Wundersee hat darauf die Deuschel der „partei-politischen Neutralität“ scharf geäußert und die ganzen Schiedungen entlarvt. Darauf haben selbst sozialdemokratische Delegierte sich für die kommunistischen Vorschläge entschieden. In den engeren Vorstand wurden 1 und in den erweiterten Vorstand 2 weitere Kommunisten gewählt, außerdem wurde der Antrag, den Bundesausschuß von Berlin wegzunehmen, abgelehnt. Damit ist der Plan der Isolierung der Kommunisten mißlungen.

Ein typischer Fall politischer Korruption durch die SPD-Lenzen zeigte sich bei der Wahl des Jugendleiters. Nach den Beschlüssen des Bundestages müssen Bundesamtsleiter in der SPD oder KPD organisiert sein. Der von den Sozialdemokraten vorgeschickte Kasper ist Mitglied der KPD. Deshalb war seine Wahl nicht möglich. Nach langem Hin und Her hatten die SPD-Schleier den Meyer soweit zu erklären, daß er der SPD beitreten werde. Der Parteileiter Schneider, Nürnberg, ebenfalls Mitglied der KPD, erklärte kategorisch, daß er keine Ueberzeugung nicht verkaufe und kein Gesinnungslump werde. Die Wahl wurde deshalb ausgelehnt. Eine Reihe ähnlicher Vorkommnisse signalisieren die strapaziösen Methoden der SPD. Die oppositionellen Delegierten haben alle Anschläge pariert. Sie werden auch weiter die Mitgliedschaft mobilisieren gegen die Gellert und Bildung, gegen die Politik der SPD-Fraktionen, die nur Werkzeuge der Scherbenpolitik im Bund sind.

Der Bundestag nahm nach einem Appell für das Bundesfest in Ludwigslofen und nach dem Gesang der „Internationale“ am Montagabend sein Ende.

Die neue Verbotsoffensive gegen die Rote Front

Das Verbot der Roten Tage in Danzig, Schlesien und Saarbrücken genügt den deutschen Industriellenbaronen im Rheinland und ihren Beauftragten in Berlin offenbar noch nicht. In einem Leitartikel der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“, dem Blatt der deutschen Kohlen-Barone, wird nach einer ideologisch-wollüstigen Schilderung der Totart der italienischen Kommunisten geschrieben: „Daß der Kommunismus in Italien außerhalb der Gesetze steht, als Feind der Nation mit allen Mitteln bekämpft wird, wie oft soll man das einem Volk erzählen, daß der Rot-Front-Kämpfer noch als Staatsbürger existiert?“

Die deutsch-nationale Aufforderung an die Regierung, „Rot-Frontkämpfer“ und Kommunisten außerhalb des Gesetzes zu stellen, steht nicht allein. Die vor kurzem eingegangene „Tägliche Rundschau“ und die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ haben bekanntlich nach den Wahlen diese Linie angedeutet. Welche Sorgen der Aufstieg der Roten Front den Herrschenden bereitet, geht übrigens aus einem Leitartikel der „Preussischen Kreis-Zeitung“ hervor, in dem die gebaltete Haut der Roten Frontkämpfer als Symbol der revolutionären demagogischen Verführung der Massen dargestellt wird. Schließlich wird die „Kulturwelt“ aufgefordert, sich vor dem drohenden Unheil zu schützen, daß die Massen mit plumpen Häuten den Aufwärtsdrang der Menschen auf ihre Weise leiten wollen.“

Herrmann Müller hat in der Regierungserklärung vergessen, sein Verbotprogramm ausführlich darzustellen. Die deutsch-nationale Presse erinnert Herrmann Müller und Severing an diesen Punkt.

Noch ein sozialdemokratisches Reichstagsmandat?

III. Berlin, 10. Juli.

Wie der Vorwärts meldet, sind im Wahlkreis Ostpreußen durch ein Versehen beim Abzählen die Stimmen aller Parteien von 50 Wahlbezirken im Landkreis Gerdauen nicht mitgezählt worden, darunter 4022 sozialdemokratische Stimmen, die auf die Reichsliste entfielen. Dadurch erhöht sich der sozialdemokratische Stimmenanteil auf der Reichsliste von 26 125 auf 30 787 Stimmen. Da auf einen Rest von mehr als 30 000 Stimmen noch ein Mandat entfällt, muß der sozialdemokratische Reichsliste das 10. Mandat zugewiesen werden. Es entfällt auf den Vorsitzenden des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes Holtberg. — Der Reichswahlprüfungsausschuß in Ostpreußen wird zunächst eine neue Feststellung des Wahlergebnisses treffen. Der Reichswahlprüfungsausschuß dürfte dann die Reichslisten aller Parteien berichtigen.

Ein neuer Rheinschifferstreit

Berlin, 10. Juli. (Eig. Drahtmeldung.)

Im Rheinschifferstreit hat sich das Personal der 11 a 1 Lichen Schiffsfahrtsämter entschieden geweiigert, Streitarbeit zu verrichten. Die Differenzen haben sich dadurch verschärft, daß das Personal der staatlichen Schiffsfahrtsämter dem Streit beigetreten ist. Die gesamte staatliche Monopol-Schiffahrt ruht, weil ihrerseits jetzt die Rheinschiffer der Rheindampfer dieselbe Solidarität gegenüber ihren Kollegen von den staatlichen Schiffsfahrtsämtern üben, die die letzteren im Rheinschifferstreit bewiesen.

Die Reichswehr darf „Potemkin“ nicht sehen

In Berlin ist es am Sonntagabend zu einem Zwischenfall gekommen, der sehr bezeichnend für den neu-deutschen Militarismus ist. Im Tauentzienpark läuft der russische Film „Potemkin“. Ein Reichswehrsoldat, der sich diesen Film ansehen wollte, wurde von zwei Zivilisten angehalten und jurisdigement. Der Besitzer des Kinos ließ die beiden durch einen Schutzpolizisten feststellen. Dabei legitimierten sich die beiden als Reichswehrsoldaten in Zivil, die den Auftrag hatten, die Soldaten, die sich den Film ansehen wollten, aufzuhalten oder ihre Namen festzustellen.

Das Reichswahlkommando teil mit, daß der Besuch des „Potemkin“-Films für Reichswehrangehörige verboten ist. Die deutschen Reichswehrsoldaten dürfen eben nicht sehen, wie sich Soldaten und Arbeiter verhalten, die konnten sonst leicht auf solche freizepelnde Gedanken kommen.

Goermuskonzerte in Württemberg verboten

III. Stuttgart, 9. Juli.

Der russische Geigenkünstler Soermus wollte am Freitagabend im Cannstatter Kursaal ein Konzert geben. Die Erlaubnis wurde jedoch vom Stuttgarter Polizeipräsidenten, nachdem sie zunächst erteilt war, wieder zurückgegeben und das Konzert verboten. Auch alle anderen Konzerte wurden dem Künstler in Württemberg untersagt. Der Grund für das Verbot liegt darin, daß die Veranstaltungen von Soermus zugunsten der Roten Hilfe gehen. Soermus hat nun Württemberg verlassen.

Tödtliche Fallstirnerschläge ohne Ende

III. Göttingen, 9. Juli.

Die Fallstirnerspringerin Ella Tauer aus Leipzig ist Sonntag nachmittag bei einem hier abgehaltenen Flugtag mit ihrem Fallstirn aus etwa 500 Meter Höhe tödlich abgestürzt, da der Fallstirn sich nicht öffnete. Die Veranlassung wurde abge-

Die sächsischen Sozialdemokraten sind in schwerer Bedrängnis. Sie müssen den sächsischen Arbeitern gegenüber die Schandpolitik der großen Koalition verteidigen. Jetzt, nachdem sie vorher den Arbeitern gelobt, daß die Große Koalition ein Schanden, ein Verhängnis für die Arbeiter werde. Es ist nicht so leicht, den Arbeitern in wenigen Tagen beizubringen, daß das, was vor einigen Tagen schwarz, jetzt auf einmal weiß ist. Die Volkszeitung bezieht deswegen eine Verteidigungsstellung, die aber keineswegs neu ist. Mit einer wüsten Schimpferei auf die Kommunisten soll die Arbeiterchaft über die tatsächliche Lage getäuscht werden.

Gestern bringt die Volkszeitung nun einen Artikel mit der geschmackvollen Ueberschrift: „Die Affen Stalins“. Vielleicht war der Redakteur am Sonntag mit Frau und Kind gerade im Zoo, und die verwandtschaftliche Aufwallung bei der Beschäftigung des Affenbauers hat ihm diese Ueberschrift eingegeben. Doch den Spaß lassen wir ihm gerne, denn schon die Wahl der Ueberschrift zeigt Schwäche — geistliche und politische.

Die Volkszeitung schreibt, Stalin dirigiere in Rußland die Politik nach links. Das sei von Stalin höchst eine staatsmännliche Tat. Die deutsche Zentrale dirigiere auch nach links. Das sei Unteroffiziergehoram. Wir könnten mit einem Gegenstück antworten: Herrmann Müller dirigiert die Koalitionspolitik, die sächsischen „Rinken“ verteidigen die Koalitionspolitik. Auf die Beschimpfungen brauchen wir nicht einzugehen. Die Frage, Was ist denn das? Wir wollen aber anders antworten. Kommunistische Internationale hat beschlossen, einen härteren Kampf gegen den Reformismus zu führen. Dieser Kampf wurde und wird von der deutschen kommunistischen Partei im stärksten Maße geführt. Die SPD hat deswegen schon einige wüste Schimpfkanonaden losgeschossen.

Jetzt soll diese Schimpferei die Politik der Regierung Müller und die Schandamnestie verdecken. Die Volkszeitung läßt dabei, vor einigen Tagen habe ein Kommunist im Völkischen Beobachter Hitlers für die Amnestie der Fememörder geschrieben. Die Volkszeitung läßt hier bewußt, mir erklären den Schreiber hiermit für einen niederträchtigen Verleumder; er mag Gelegenheit nehmen, seine Behauptung zu beweisen.

Was aber ist mit der Amnestie? Wir zeigen an anderer Stelle schon, wie sich diese Amnestie auswirkt. Die Volkszeitung läßt auch hier die Lüge auf, die KPD habe die Haftentlassung der Fememörder gefordert. Die KPD hatte auch vor den Wahlen einen Antrag eingereicht, die proletarischen Gefangenen freizulassen. Auf Grund eines Kompromisses zwischen Goerling, dem Sozialdemokraten Rosenfeld und dem Genossen Höllein sollen dann alle proletarischen Gefangenen amnestiert werden. Die Fememörder aber erhalten 7½ Jahre Festungshaft. Die Volkszeitung versucht, diese Tatsachen zu verdrehen und schreibt: „Die wirkliche Amnestie, eine Wirkung des sozialdemokratischen Wahlerfolges, wird beiteilen.“ Der Reichstag des Kabinetts zeigt, wie die Amnestie aussieht.

Das charakteristische Merkmal des Volkszeitungsartikels ist seine Verlogenheit. Der Schreiber, der sich als biedeter, ehr-

licher Arbeitervertreter aufspielt, ist ein schamloser Lügner und Verleumder. Er läßt in der Frage der Amnestie und verleumdet in seinen Bemerkungen über das Plädieren und im Hitler-Organ für die Fememörder durch Kommunisten. Der Artikel zeigt, wie den „linken“ Strauchrittern die politischen Argumente ausgehen.

Wir hängen das Subderzeugnis niedriger

Sie leben von der Vergangenheit

SPD und Sozialistengesetz

Berlin, 10. Juli. (Eig. Drahtmeldung.)

Der Parteivorstand der SPD läßt anlässlich der 50. Wiederkehr des Inkrafttretens des Sozialistengesetzes im Oktober dieses Jahres einen Aufruf im Vorwärts: „An die Partei“, in dem er die sozialdemokratischen Vereine und die sympathisierenden Organisationen, die Gewerkschaften usw. auffordert, dieses Jubiläum festlich zu begehen und mit einer Werbeweche für die SPD zu verbinden.

Der SPD-Vorstand will die Vergangenheit ausgraben, um damit die schmachvolle Haltung der SPD in der Gegenwart zu verdecken. Die heutige Politik der SPD hat mit der Politik, die zur Zeit des Sozialistengesetzes betrieben wurde, nichts zu tun. Der SPD-Vorstand weiß, daß große Teile seiner Anhänger noch von der Tradition leben. Die Aufgabe unserer Partei wird sein, dieses Wanderver der SPD zu durchbrechen und der Vergangenheit, die die SPD herausbeschwört, die gegenwärtige Politik der SPD entgegenzustellen.

Müller gratuliert seinem Noste

Bom Reichskanzler Hermann Müller hat heute an Ober-

präsident Noste folgendes Glückwunschkartogramm ein-
„Zu Deinem 60. Geburtstag meine herzlichsten Glückwünsche. Ich gedenke heute der schweren Zeit in der Du als Mitarbeiter Friedrich Eberts Deine ganze Kraft für das Gelingen des Werkes von Weimar und alsdann für die Sicherung der dort geschaffenen republikanischen Verfassung des Deutschen Reiches eingesetzt hast.“
Reichskanzler Müller.“

Die Niedermeierei tausender Arbeiter ist das „erlungene Wert“. Die Herrschaft des Trautkapitals, Not und Elend für die Massen. Aber, einer mußte der Bluthund sein!

Der schwarzrotgoldene Feiertag

Berlin, 11. Juli. (Eig. Drahtmeldung.)

Der Bundesvorstand des Reichsbanners Schwarzrotgold hat für heute und morgen in Berlin und einer Reihe anderer Städte des Reiches zu Kundgebungen für die Einführung des Nationalfeiertages anlässlich der Beratung des Gesetzes im Reichstag aufgerufen. Die SPD-Führer verurteilen damit, einen Druck auf gewisse Koalitionsfreunde von der Deutschen Volkspartei und vom Zentrum auszuüben, die bekanntlich bisher sich der Einführung eines Nationalfeiertages widersetzen oder seine Einführung abhängig machen von der Zustimmung, daß zugleich der 18. Januar als Feiertag anerkannt wird.

Die Italia-Mannschaft verloren?

Mobilie der einzige Gezeiten

III. Oslo, 9. Juli.

Wie aus Spitzbergen gemeldet wird, befindet man dort, daß die Moblie tatsächlich der einzige sein wird, der von der Italia-Expedition mit dem Leben davonkommt. Die letzten Meldungen lassen erkennen, daß das Lager auf dem Eise wieder in östlicher Richtung vom Lande abgetrieben wird. Infolge der außerordentlich schlechten Eisverhältnisse und des immer stärker werdenden Nebels erscheint es ganz ausgeschlossen, daß die schwedischen Flieger noch einmal eine Landung beim Lager vornehmen können. Die einzige Möglichkeit besteht jetzt darin, daß das Lager von dem russischen Eisbrecher „Krasin“ erreicht wird, der sich jedoch nur sehr langsam vorwärtsbewegt. Er ist seit Freitag etwa 2 Kilometer nach Osten vorgedrungen. Der Krasin hat jetzt eine große Eishölle erreicht, die etwa einen Kilometer lang und über 2 Meier dick ist. Da diese eine gute Startmöglichkeit bietet, werden die russischen Flieger an Bord des Eisbrechers startbereit gemacht. Der russische Flieger Babitschin hat den Befehl bekommen, die Nachsuche nach Mann und den einzustellen.

Das Schiffsaunundfens

III. Kopenhagen, 8. Juli.

Nach Mitteilung von zwei Jahrgängen des Schiffes Inge III, das sich am 18. und 19. Juni auf der Fahrt nach Spitzbergen in der Nähe der Bäreninsel befand, muß Amundsens Schiff als besiegelt gelten. Die beiden Jahrgänge haben mitgeteilt, daß sie in der Nähe der Bäreninsel den Absturz eines großen Flugzeuges ins Meer beobachtet hätten. Der Zeitpunkt der Beobachtung läßt den Schluß zu, daß es sich um Amundsens Flugzeug handelt. Den beiden Jahrgängen war von der Amundsen-Expedition nichts bekannt, so daß die Annahme fern liegt, daß sie durch vorhergehende Meldungen beeinflusst waren.

Wie aus Stockholm gemeldet wird, beteiligt sich Kapitän Lundborg trotz der Anstrengungen, die er hinter sich hat, bereits wieder mit voller Kraft an den Vorbereitungen für weitere Hilfsmagnahmen zur Rettung der Italia-Mannschaft.

Große Hitzewelle in Amerika

47 Todesopfer

III. Newyork, 9. Juli.

Das gesamte, zwischen Chicago und Newyork liegende Gebiet, wird ebenso, wie der Westen Amerikas, von einer großen Hitzewelle heimgesucht. In Newyork erreichte die Temperatur im Laufe des Sonntagmorgens den Höchststand des Jahres mit 34 Grad Celsius im Schatten. Auch Chicago hat sehr unter der Hitze zu leiden. In beiden Städten sind zahlreiche Personen vom Hitzschlag getroffen worden. Nach den bisher vorliegenden Berichten sind nicht weniger als 47 Todesfälle als direkte oder indirekte Folge der Hitze zu verzeichnen. 3 Personen brachen in den Straßen von Newyork vom Hitzschlag getroffen tot zusammen, während 14 weitere Personen an den Folgen eines Hitzschlages gestorben sind. Viele hunderttausend Newyorker lachten am Wochenende Erleichterung in den Seebädern an der Küste. Im Westen der Vereinigten Staaten schwankte die Temperatur zwischen 31 und 40 Grad Celsius. Dort werden nicht weniger als 30 Todesfälle auf die Hitze zurückgeführt. Im mittleren Westen kam die Hitzewelle infolge schwerer Regens nicht recht zum Durchbruch, da die Regenwolken langsam nach Osten ziehen, hofft man, daß Chicago innerhalb der nächsten 24 Stunden von der Hitzewelle befreit sein wird.

Schanghai vom Wirbelsturm heimgesucht

III. Paris, 9. Juli.

Wie eine Pariser Agentur aus Schanghai meldet, hat ein Wirbelsturm die ganze Gegend von Schanghai heimgesucht und unbeschreibliche Schreckensszenen und Unordnung verursacht. Tausende Chinesen, in der Meinung, der Sturm sei durch den Geist Libanollins entzündet, harrten in die Tempel, um dort zur Be-

ruhigung der Götter Stäbchen zu verbrennen. Der Sturm zerstörte 4 große Schiffe und 2 große Warenlager. Außerdem wurden 7 Personen ernstlich verletzt und Hunderte von chinesischen Barken verloran.

Abbruch des Zehnarbeiterstreiks in Griechenland

III. London, 9. Juli.

Wie aus Athen gemeldet wird, hat die Arbeiterorganisation beschlossen, alle Streiks am Sonntag 20 Uhr zu beendigen und die Feillegung der Meinungsverschiedenheiten zwischen den Tarifarbeitern und den Rekruten dem Schiedsgericht zu überlassen. Es erscheint möglich, daß der Streik der Seelente ebenfalls beendet werden wird.

Vormarsch der Bahabiten

III. Paris, 9. Juli.

Nach einer Meldung des Neuyork Herald aus Jerusalem, haben 3000 Bahabiten die Grenze zwischen Irak und Syrien überschritten, um einen Druck auf England dahingehend auszuüben, die Verhandlungen über die Weitergewährung der finanziellen Unterstützung, die die britische Regierung dem Sultan zur Aufrechterhaltung der Ordnung gewährt, wieder aufzunehmen.

Zum Schiffsuntergang an der mazedonischen Küste

III. London, 9. Juli.

Wie aus Newyork zu dem Untergang des mazedonischen Dampfers „Angamos“ gemeldet wird, war die letzte Nachricht von Bord des Schiffes ein Ausruf, der jedoch sehr undeutlich zu hören war und von dem Dampfer „Icaros“ aufgefangen wurde. In dem Ausruf hieß es, daß die Kanalarbe des Dampfers nicht in Ordnung sei. Einzelheiten wurden jedoch nicht angegeben. Der Gouverneur von Kraneo hat einen kurzen amtlichen Bericht der Regierung überliefert, in dem er als die Zeit des Unterganges 20 Uhr angibt und feststellt, daß das Unglück nur einige hundert Meter von der Küste entfernt, sich ereignete. Die 4 Ueberlebenden geben schreckliche Schilderungen von den Kämpfen der Ertrinkenden die sich an Schiffsteilen festhalten wollten.

Zum Attentat in Belgrad

Berlin, 10. Juli. (Eigene Drahtmeldung.)

Die aus Belgrad gemeldete Ermordung des bulgarisch-mazedonischen Faschistenhüpfelings, General Protogeroj, führte zu einer ungeheuren Spannung auf dem Balkan. Protogeroj war der Führer der mazedonischen Intrakonorganisationen, die einen brutalen Terror gegen die Arbeiter und Bauern ausübte. Protogeroj war die Hauptstütze Janjoffs. Protogerojs Austrag war, im Ausland und im Balkan selbst zahlreiche Fememorde auszuführen zu lassen, eines seiner letzten Opfer war der mazedonische Nationalrevolutionär Panija, den Protogeroj im Wiener Volkstheater ermorden ließ. In den Vorbereitungen Italiens gegen Jugoslawien spielte Protogeroj eine hervorragende Rolle. Protogeroj leitete von Bulgarien aus die zahlreichen mazedonischen Aktionen auf Jugoslawien, die wiederholt zu schweren Differenzen auf dem Balkan geführt haben. Die bulgarische Regierung hat Protogeroj nicht nur gewähren lassen, sondern ihn auch unterstützt. Trotzdem ist es nicht ausgeschlossen, daß er ihr Opfer geworden ist, weil er in letzter Zeit die Verhandlungspolitik gegenüber Jugoslawien unterließ. Es ist aber auch möglich, daß französische Agenten einer Mordanschlag bereitet haben.

Der ermordete
Banditengeneral



Protogeroj

Das Moskauer Urteil berechtigt — gesteht die Bourgeoisie, Bluturteil ohne Begründung — hekt die Sozialdemokratie!

Unter der Wucht der Tatsachen des Anklagematerials zwingt das Urteil im Schachtprozess die führenden Blätter der Großbourgeoisie in Deutschland, zu, wenn auch beschränkten, Geständnissen über seine Berechtigung.

Gerade die Wucht dieser Tatsachen zwingt die Sozialdemokratie zu einem, wenn auch ausichtslosen Versuch, vor den Arbeitern das Moskauer Urteil als blinden, bloßen Parteinteressen dienenden Bluturteil hinzustellen.

Der Vergleich der Kommentare führenden, ernstzunehmender Zeitungen, wie beispielsweise der Kölnischen Zeitung, der Deutschen Allgemeinen Zeitung auf der einen Seite, und des Vorwärts auf der anderen Seite beweist aufs neue, daß im imperialistischen Lager der gefährlichste Feind der Revolution und der Sowjetunion, die reformistische Führung ist. Während die Großbourgeoisie wenigstens eine ernsthafte Berichterstattung sich erlauben darf, sinkt die sozialdemokratische Information über den weltgeschichtlich bedeutenden Prozess in Moskau zum hilflosen, giftigen Gesammel auf dem Niveau der käuflichsten Schundpresse herab, auch die großen bürgerlichen Zeitungen verbinden selbstverständlich, wenn auch in zurückhaltender Weise als sonst, mit ihrer Information allgemeine Propaganda gegen die Sowjetunion und gegen die Sowjetjustiz. Insbesondere als Druckmittel zur Wiederaufnahme der deutsch-russischen Wirtschaftsverhandlungen. Was sich aber der Vorwärts und ein Teil der linksdemokratischen Presse leistet, übersteigt selbst das übliche Maß an Verlogenheit, giftiger Gefährlichkeit und — Idiotie.

Von den führenden Blättern der Großbourgeoisie wird ganz allgemein die Tatsache einer Verschwörung, die Verbindung der Gegenrevolutionäre mit dem Ausland, die Ausschüttung der Bleie der Verschwörung, ja selbst die Berechtigung der Sowjetunion zur Notwehr zugegeben.

Vom Vorwärts und einigen Demokraten-Blättern wird alles geleugnet, einfach alles, was den Prozess herbeiführte, ja selbst, was von Dutzenden von Angeklagten eingestanden wurde, und noch die Berichte über das Urteil werden sowasagen vor den Augen der Leser fälschlich, aber deshalb nicht weniger gefährlich gefälscht und auf den Kopf gestellt.

Hier einige der wichtigsten Kommentare.

Im Bericht der DAZ heißt es:

„Die Prozesshandlungen haben den Beweis erbracht, daß tatsächlich eine Reihe von Ingenieuren und Technikern des wichtigsten Industriegebietes der Sowjetunion in inniger Verbindung mit ins Ausland geflüchteten Grubenbesitzern geblieben waren, neben ihrem Sowjetgehalt von diesen recht erhebliche Subventionen bezogen und dafür beauftragt waren, die Ausbeutung der Schächte durch die Sowjetregierung möglichst zu verhindern sowie wirtschaftliche und politische Informationen über die russischen Verhältnisse ins Ausland zu liefern... Auch unterliegt es kaum einem Zweifel, daß militärische, vielleicht auch politische Stellen Polens von diesen kommerziellen Beziehungen zum Donezgebiet profitierten, daß wahrscheinlich ein großer Teil der Subventionen der schuldigen Angeklagten aus den Taschen des polnischen Steuerzahlers stammen und eine prominente polnische Persönlichkeit, deren Namen leider nicht das offizielle Communiqué über die Geheimhaltung, sondern nur ein unkontrolliertes Moskauer Gerücht nennt, im Herbst 1926 zu „Informationszwecken“ das Donezgebiet bereiste.“

Die Teilnahme deutscher Stellen und Firmen an der Verschwörung wird natürlich, und insbesondere nachdem „mit Genugtuung“ aufgenommenen Freispruch von Otto und Weyer gelehrt, dieser Freispruch wird agitatorisch als „Wahrhaftigkeit“ gegenüber den guten so herzlich kommunistischen deutschen Geschäftsmachern hingestellt. Aber selbst hier blüht durch, daß die führenden Trustorgane mehr wollen, als sie sagen wollen und mehr als sie zugeben dürfen. Die Kölnische Zeitung beispielsweise, die eine sehr scharfe Note gegen die Sowjetjustiz und aus Selbstinteressen begrifflich eine verlorene Note gegen die russische Außenpolitik anschlägt, schreibt unmittelbar nach einem schärfen Angriff auf Anklage, den Staatsanwalt:

„Schließlich muß doch den „gewinnstüchtigen Unternehmern“ der Rufel im Keim lieber sein als ein Jar auf dem russischen Thron. Aber (!) in diesem Zusammenhang darf man es auch als unvorsichtig bezeichnen, daß die UEG ausgerechnet in ihrer russischen Ableitung eine Reihe von Emigranten beschäftigt, deren Kollaboration wohl kaum bestritten werden kann und dadurch das ganze Unternehmen, dem sicherlich nichts ferner liegt als gegenrevolutionäre Betätigung in Russland, (???) in diejen Verhaftung brachte.“

Ja noch mehr, gegen Anklage polemisierend schwingt sich die Kölnische Zeitung zu einer verächtlichen Drohung an deutsche Firmen auf, die „um eines Sonderprivilegs willen, schlechte Waren liefern und damit den Ruf der gesamten deutschen Industrie gefährden“. Zwar das alles sei ja nur eine unbeweisbare und unbegründete Anklage des russischen Staatsanwalts gewesen, aber gäbe es solche Firmen in Deutschland, „so müßten diese Industriebetriebe noch strafrechtlich belangt werden, wegen Schädigung der deutschen Volkswirtschaft. Irgendwelche Solidarität der deutschen Industrie mit solchen Unternehmungen wäre sehr am Platze.“

Auch wenn man in Rechnung zieht, daß das führende Blatt der Großindustriellen Deutschlands mit solchen Kommentaren sowohl die in der schwindenden Konjunktur besonders wichtigen Geschäftsbeziehungen mit der Sowjetunion stärken, und gleichzeitig den englischen und französischen Imperialisten gegenüber mit der deutschen „Unabhängigkeit“ zwischen Ost und West austrumpfen will, um sie sich um so teurer ablaufen zu lassen, so begeißt doch jedes Kind, daß man so nicht redet, wenn man nicht weiß, daß die deutsche Industrie Dred am Stecken hat.

Demgegenüber der Kommentar der Sozialdemokratie:

„Tatsächlich hat der Schachtprozess ergeben, daß von irgendeiner deutschen Beteiligung an den behaupteten (!) Sabotageakten nicht die Rede sein kann... Worin bestand die ganze „Sabotageverschwörung“? Darin, daß die Angeklagten versucht hätten, die nationalisierten Bergwerke „zu erhalten“, ja sogar „besonders rentabel“ zu machen, damit die ehemaligen Besitzer sie unter möglichst günstigen Bedingungen, wenn auch nur in Gestalt von Konzessionen zurückzuerhalten. — Bittschön,“ sagt der Vorwärts, „so steht es schwarz auf weiß, in der Urteilsbegründung geschrieben! Wo ist da die Sabotage, wo die Verschwörung, wo das Verbrechen, das mit dem Tod bestraft werden muß? Man liest und staunt. Man liest (den Auszug aus dem Urteil, den WTB verbreitet) ein zweites Mal und glaubt zu träumen. Man liest ein drittes Mal und fragt sich, wie konnte sich das Sowjetgericht, also die Sowjetregierung angesichts eines furchtbaren Bluturteils die Blöße einer so kläglichen, so widerspruchsvollen, so ungeschickten Urteilsbegründung geben. Wenn die ehemaligen Besitzer erkrachten, die Konfiszierung ihres ehemaligen Besitzes zu erhalten, aber das ist doch die ganze Rep, die ökonomische Politik, die von Lenin angeordnet wurde, als das Sowjetregime aus eigener Kraft wirtschaftlich nicht mehr weiter kam!“

Man liest und staunt! Man liest ein zweites, ein drittes, viertes Mal und fragt sich, wie kann ein immerhin in Berlin, immerhin in Deutschland, immerhin als Zentralorgan einer 3-Millionen-Stimmen-Partei erscheinendes Blatt sich einen derartig ungeschickten Verlogenheit, einen derartig kindlich die Tatsachen verdringenden Kommentar erlauben? Die Argumente bleiben aus und da sollen kleine Tricks helfen. In dem Bericht des WTB nämlich heißt es, „die Charakower Berichterstattung habe nicht nur die wertvollsten Bergwerke der ehemaligen Grubenbesitzer zu erhalten versucht, sondern sie habe auch die Wirtschaft im Donezgebiet derart zu fördern sich bemüht, daß der Weg für die Rückgabe der nationalisierten Unternehmungen, wenn auch nur in Gestalt von Konzessionen angebahnt wäre, die für die Konzessionäre besonders rentabel sein sollten.“ Das ist, wenn auch nicht übermäßig gut formuliert, aber doch ganz unmissverständlich das genaue Gegenteil von dem, was der Vorwärts „schwarz auf weiß“ im Urteil „findet“. Der WTB-Bericht sagt u. a., daß die Verschwörer darauf ausgingen, die Gruben zu schädigen, um damit die Sowjetunion zu veranlassen, diese unrentablen, weil geschädigten Betriebe als Konzessionen zu vergeben, die dann richtig geführt, für die Konzessionäre „besonders rentabel“ sein sollten. Der Vorwärts stellt das auf den Kopf und sagt weiter:

„Die Ingenieure und sonstigen Spezialisten waren nun bemüht, die Betriebe, die durch das bolschewistische System zugrunde gerichtet worden wären, zu erhalten, ja besonders rentabel zu gestalten. Seit wann ist das Sabotage, seit wann liegt darin eine Schädigung der Wirtschaft?“

Das schreibt dieses Hauptblatt der antibolschewistischen Hehe, zugleich Regierungsorgan in Deutschland, nachdem diese Wochen lang in bürgerlichen Medien die unlegbaren Tatsachen bekanntgemacht sind, nachdem auch der Sozialdemokrat sein Zweifel über die Selbst von der Großbourgeoisie eingeständene Verschwörung zentral und die Art ihrer Tätigkeit vorlegen kann. Es ist wirklich jedes weitere Wort dazu überflüssig. Wer so frech und dabei so kindlich schwandelt, richtet sich selbst.

Die Berichte der bürgerlichen Blätter gesehen weiter ein, daß sie die Sinnlosigkeit von Angriffen auf die Sowjetunion nach Schachtprozess und die Ausschüttung dieser Art von Gegenrevolution und zugleich aufs neue die Kraft der Sowjetunion erkannt haben. Damit bewiesen sie sich als ernsthafte Gegner. Sie verdienen hier einen kleinen Schwindel. Beispielsweise schreibt die DAZ:

„47 Angeklagte, die offenbar aus materiellen Interessen, nicht aus geistiger Ueberzeugungskraft gehandelt haben, geben

Die SPD bedrängt den Panzerrennbau

In der Plenarsitzung des Reichstages am Donnerstag ist bekanntlich gegen die Stimmen der Kommunisten auf Antrag Dittmanns der kommunistische Antrag, der sich gegen den Panzerrennbau richtet, dem Haushaltsausschuß überreicht worden. Als Genosse Stöcker bei Schluß der Sitzung forderte, daß am nächsten Dienstag im Plenum der Bericht des Haushaltsausschusses über die Panzerrennfrage auf die Tagesordnung gesetzt werden sollte, stimmten die Sozialdemokraten mit den bürgerlichen Parteien gemeinsam gegen diese kommunistische Forderung.

Darauf hat Genosse Stöcker am Donnerstagabend noch bei dem Vorstehenden des Haushaltsausschusses, dem sozialdemokratischen Berliner Abgeordneten Heymann persönlich und mündlich die sofortige Einberufung des Haushaltsausschusses verlangt, damit er zur Panzerrennfrage Stellung nehmen könne. Bis zur Stunde hat Heymann den Ausblick nicht einberufen. Er scheint diese Einberufung direkt zu sabotieren.

Diese Tatsachen müßten vor der sozialdemokratischen Arbeiterschaft ausdrücklich festgestellt werden, da die Erklärung Heymann Müllers, die Regierung sei an frühere Beschlüsse gebunden, völlig falsch ist. Der Reichstag braucht nur den kommunistischen Antrag anzunehmen zur Vorlegung eines Nachtragsetats, der die 9,3 Millionen anstatt für den Panzerrennbau für Kindererziehungen verwendet werden will und die ganze Angelegenheit wäre erledigt. Die Sozialdemokratie hat sich den bürgerlichen Parteien gegenüber verpflichtet, den Panzerrennbau durchzuführen und sich damit rücksichtslos über den Willen der übermächtigen Mehrheit der deutschen Arbeiterschaft hinweg.

Berliner Behörden setzen den Arbeiterport

Im 4. Verwaltungsbezirk der Stadt Berlin hat der sozialdemokratische Stadtrat Rose n. u., der auch Vorsitzender einer

sich zum größten Teil als polit. Renegaten der Sowjetmacht die sie jahrelang systematisch geschädigt haben, hin. Soviel ist gewiß, nicht von der alten Intelligenz droht den heutigen Machthabern Russlands Gefahr, die Möglichkeit einer Unterhüllung der gegenwärtigen Staatsform kann nur aus der kriegerischen Selbstzerlegung des Bolschewismus, oder aus der Stöckkraft einer neuen Jugend kommen, vielleicht auch aus einer explosionsartigen „Revolution“. Von den heimlichen Gegenrevolutionären des Landes droht keine Gefahr. Ohne klare Idee, ohne einheitliches Zielbewußtsein könnte sie höchstens das Chaos bringen, nicht eine bessere Ordnung.“

Ganz offensichtlich wird der Trennungskrieg gegen die zermürbten, unzuverlässigen korrupten Elemente gezogen. Zugleich wird angedeutet, wie man in Zukunft zum neuen Stoß ansetzen will. Mit einer religiösen Massenbewegung, bei der Jugend, mit dem Verlust der Parteizugehörigkeit, aber nicht mehr mit den bisherigen Söldlingen. Nachträglich tut man sogar geradezu jenseitig. Die DAZ schreibt weiter, „wir haben von jeher die Meinung vertreten, daß derartige Handlungen von Sowjetangehörigen eine ernste politische Bedrohung der Staatsmacht darstellte, und wir halten es für unantastbares Recht staatlicher Notwehr, solche Umtriebe mit allen Mitteln der Autorität, auch mit Todesstrafe der Hauptbeteiligten zu sühnen. Auch die Justiz eines nichtrevolutionären, eines in seiner inneren Struktur geestigerten Staates hätte kaum andere Maßnahmen erzielen können.“

Und die Kölnische Zeitung fügt hinzu: „Die öffentliche Meinung in Deutschland war immer und ist auch heute bereit, der Staatsräson jedes Zugeständnis zu machen, wo ihr deren Erfordernisse einleuchtend gemacht werden.“

Kluge Leute, die Sowjetunion hat sich wieder einmal stark erweisen, und sie ziehen jetzt daraus die Konsequenzen. Anders die sozialdemokratischen Spießer, diese engherzigen und beschränkten Epochen der Gegenrevolution. Sie hoffen auch jetzt noch die bisherige Linie, die Spekulation auf die „Humanität“ durchhalten zu können. „Das sowjetrussische Inland ließe sich vielleicht“, sagt der Vorwärts, „noch eine so „handgreiflich sinnlose“ Begründung aufsuchen, wie sie das Urteil gibt, dieses Bluturteil eines prachtvollen Arbeiterstaates.“ Denn das sowjetrussische Inland „ist ja sowieso nicht mehr fähig, nach zehnjähriger Abtumpfung, durch Aufhebung aller demokratischen Freiheiten sich eine eigene kritische Ansicht zu bilden. Diesem bolschewistischen Publikum kann man ja alles vorsetzen, sogar diese Urteilsbegründung. Es wird die darin liegenden Widersprüche doch nicht erkennen — und selbst wenn es sie erkennen würde, es dürfte sich doch nicht dazu äußern.“

„... Bisher bejahen die Sowjetleute in der übrigen Welt wenigstens den Ruf, Kluge, ja gewisse Leute zu sein, die ihren Gegnern geistig ebenbürtig, dialektisch sogar oft überlegen seien. Nach diesem Elaborat, durch das die Bluträube des Schachtprozesses begründet werden sollen, bleibt zwar ihr Ruf der Brutalität unbestritten, aber wo ist da noch eine Spur von Intelligenz?“

Wo ist da noch eine Spur von Intelligenz? wird mancher fragen, der das Gesammel Heft, mehr Intelligenz als gut ist, antworten will. Aber Intelligenz der weishesten, giftigsten, gefährlichsten Sorte von Gegenrevolution im Imperialistenlager. Die Intelligenz des Reformisten, die Intelligenz des Sozialdemokraten, der im Kampfe gegen den Arbeiter- und Bauernstaat vor den niederträchtigsten Mitteln nicht zurückschreckt, um seine historische Ausschüttung, aber eben darum so lange als möglich zu behaltende Position als Führer der Kriegshetze gegen die Sowjetunion und Hauptanführer der Interventionsfront aufrechtzuerhalten.

Reichsbannerabteilung ist, dem Arbeiterportartikel des 4. Bezirkes mitgeteilt, daß die Arbeiterportvereine, die im 4. Bezirk geschlossen hinter dem alten Kartell stehen, keine Spielplätze mehr zur Benutzung erhalten können.

SPD-Funktionäre, Reichsbannerhäuptlinge und Schöden im Kampfe gegen die Arbeiter-Sportbewegung.

SPD-Arbeiter gegen den Verstoß der SPD-Führung

In Limbach in Sachsen besteht im Stadtparlament eine kommunistisch-sozialdemokratische Mehrheit. Doch die SPD macht mit den bürgerlichen arbeitgeberfeindlichen Politik. Am 4. Juli nahm eine Mitgliederversammlung des SPD Limbach zu den Taten der SPD Stellung und nahm nur gegen eine Stimme folgende Resolution an:

„Die am 4. Juli 1928 tagende Mitgliederversammlung des SPD Limbach protestiert mit aller Entschiedenheit gegen die Haltung der SPD-Stadtparteiführung bezüglich der Bewilligung von 1500 RM für die schmerzhaften Turnvereine, 500 RM für den bürgerlichen Schwimmverein, 2000 RM für den örtlichen Arbeiterverein, 1000 RM für den reaktionären OBV- und Gartenbauverein, 30 RM für falsche Studenten, sowie der Zustimmung zur Bewilligung der Mittel für den Religionsunterricht. Andererseits lehnten sie gemeinsam mit den bürgerlichen folgende kommunistische Forderungen ab: 500 RM für die Arbeiterbücherei, 500 RM für den Touristenverein Die Naturfreunde, 500 RM für die Freizeiter, 500 RM für die Rote Hilfe, 500 RM für die Arbeiterkamerader, 3000 RM als Beitrag für die Bundeskasse des Arbeiterportbundes.“

Die Metallarbeiter sprechen der SPD-Fraktion ihre schärfsten Mißtrauen aus. Auch die anwesenden sozialdemokratischen Metallarbeiter stimmten für diese Resolution.

Das scharfe Schwert
der Arbeitermacht trifft den Verschwörer — Am Freitagabend Kundgebung zum Schachtprozess — Referent: Ruzlanddelegierter Overhagen

Der alltägliche Tod

Von Paul Neufang

An einem grauen Herbstmorgen trug man etwas ungeschickt eine große Tragbahre in das kleine, weißgestrichene Krankenzimmer. Die Träger röhren aufdringlich nach Karbol und Jodoform. Vorsichtig hoben sie mit ihren großen schweren Händen einen jungen, schlanken Menschen hoch und legten ihn in das Bett. Dann löschten sie noch ein bißchen gutmütig und verlegen, nahmen jetzt schnell die leichte Tragbahre hoch und gingen mit harten, regelmäßigen Schritten über den Steinboden des Korridors zum Fahrstuhl.

Der junge blasse Mensch lag still in dem graugelblichen Bett, mit geschlossenen Augen. Vor zwei Tagen war in demselben Bett ein alter Herr gestorben. Und nun hatte ich einen neuen Gefährten für dieses merkwürdige, lautlose Leben in dem weißgestrichenen Zimmer.

Als ich zum erstenmal seine dünne Stimme hörte, erschrak ich fast. Eine Kinderstimme mit einem ganz alten, erwachsenen Gesicht. Dieser schmale, runzlige Kopf mit den tief umschatteten Augenhöhlen lag auf einem zerbrechlichen sechszehnjährigen Körper.

Der kranke Patient Kurt F. war sechzehn Jahre und die Geschichte seiner Krankheit, die Geschichte seines kleinen kümmerlichen Lebens ist armselig und gewöhnlich. Es gibt hunderttausende solcher Geschichten, aber sie stehen in wo anders als in den Krankenakten des Arztes, der Tuberkulose-Fürsorge oder des Jugendamtes.

Gleich in der ersten Nacht wachte er mich: „Bitte, schlafen Sie doch nicht — ich habe immer Angst. Es ist so schrecklich still hier, nicht wahr!“

Es waren die ersten Worte, die er überhaupt sprach. Nach kurzer Zeit war ich schon wieder eingeschlafen, als er mich wie in höchster Furcht anrief: „Sie schlafen ja — nein, nein, nicht schlafen, ich schlafe ja auch nicht. Ich bekomme keine Schlafmittel mehr.“

Mit der Wirkung meiner Veronal-Tabletten war es vorbei. Kurt lag aufrecht in seinem Bett. Mit den dünnen weißen Fingern hielt er sich am Kopfende fest und sah zu mir herüber. Man konnte es fast hören, wie sein Puls unter der hiebertrockenen, durchsichtigen Haut hämmerte. Erst als ich anfing, mit ihm zu sprechen, verschwand diese schreckliche Angst, die in jeder Nacht, wenn er nicht schlief, wiederkehrte. — Später erfuhr ich die Ursache. Als kleines Kind mußte er immer im Stall schlafen. Oft wurden die Pferde unruhig und schlugen gegen die Holzwand, hinter der er auf einem Bündel Stroh schlief.

Kurt war das uneheliche Kind einer Bauernmagd, zu der der Gutsherr, als er betrunken aus der Stadt kam, ins Bett gestiegen war. Seine Mutter kümmerliche sich nicht um ihn, der Vater ließ ihn auf dem Hof herumlaufen, aber er durfte ihm nicht über den Weg kommen. Zu essen gaben ihm die Knechte in der Gefindefüche. Als der Gutsherr in der Inflationszeit seine Hypothek mit Papiermark ablöste, wurde der Fall Kurt mit ein paar wertlosen Papierstücken juristisch einwandfrei erledigt. Der gerichtliche Vormund steckte den unentwikelten schwächlichen Jungen mit vierzehn Jahren in eine chemische Fabrik. Nach zehnstündiger Arbeitszeit zwischen Säuren und giftigen Dämpfen mußte er täglich mit dem Rad eine Stunde nach Hause fahren.

Nach zwei Jahren war er dann endgültig so weit, daß er mit einem Ansturz in der Fabrik zusammenbrach. Der Betriebsarzt führte es auf das zu schnelle Radfahren zurück. Und nun wurden in der Tuberkulosefürsorge und im Jugendamt für den tuberkulösen Kurt F. vorschrittsmäßige Akten angelegt.

Dieses todtrunkene Kind passierte noch bis vor vier Wochen jeden Morgen und Abend die Kontrolluhr des großen chemischen Werkes in R.

Das Krankenhaus schenkte Kurt zum ersten Male in seinem Leben ein weißes, sauberes Bett, in dem er ganz

allein schlafen durfte. Er durfte darin liegen, solange er wollte. Kurt hatte immer Angst, daß man ihn auf einmal holen würde und wieder in die schreckliche Fabrik schickte, wo er immer loslich husten mußte. Wenn nur diese schreckliche Angst nicht gewesen wäre, Kurt war alles andere als fromm. Das Leben hatte ihn genügend aufgeklärt. Aber eines Nachts lag er wieder aufrecht im Bett und flüsterte immerzu: „Lieber Gott, lieber Gott — laß mich doch nicht sterben — lieber Gott, laß mich doch nicht sterben —“

Und dabei liefen ihm vor Angst immer die Tränen übers Gesicht. Dann war es eine Weile still. Plötzlich sagte er laut: „So'n Quatsch — wir sterben, weil wir kein Geld haben, Geld muß man haben, dann unteruchen sie einen schon überhaupt ganz anders.“ So redete er manchmal stundenlang vor sich hin, und wenn die Nachtschwärter leise mit abgeblendetem Licht hereinkam in unser kleines Zimmer, lag er aufrecht im Bett mit seinem alten ersten Gesicht. Einmal kam jemand vom Jugendamt und wollte von Kurt wissen, was er in der Fabrik für Arbeit gemacht hatte. Der Junge wurde ganz wild und rief nur: „Nein, ich will nicht wieder hin, nein, nein, bitte laßt mich doch hier — bitte, bitte, nicht wieder dahin.“

In Angst und Entsetzen schüttelte ihn ein Fieberanfall. Es war nichts aus ihm herauszubekommen. Zudem, die Erkundigung des Jugendamtes kam um zwei Jahre zu spät. — Sonst kümmerte sich niemand um ihn. Er fragte auch nach keinem Menschen. Zu seinem Geburtstag schickte ihm sein Vormund einen Kuchen, und der Anstaltsgeistliche gab ihm ein dünnes Heftchen. Auf dem schwarzen Umschlag stand in schönen silbernen Buchstaben „Vertrau auf Gott“.

Und dann kam noch dieser merkwürdige letzte Tag seines Lebens. Als ich an diesem Morgen aufwachte, stand Kurt in dem langen weißen Anstaltsbeim auf offenes Fenster in der Sonne und sah in den Hof. Es war draußen schon ein bißchen Frühling geworden. In unserem kleinen weißgestrichenen Zimmer hatten wir es gar nicht bemerkt. Die Sonne zeichnete auf die Leinwand schattenhaft seinen feinen unentwikelten Knabenkörper.

Wir fiel ein, daß Kurt noch nie ein Mädchen geliebt hatte. Gehört und gesehen hatte er genug von diesen Dingen, auf dem Gutshof unter den Mägden und Knechten, in der Fabrik bei den Kollegen. Wer sollte sich schon für den unscheinbaren blässen Jungen interessieren, und so fein und zierlich, wie er jetzt, da er sich umdrehte, gegen das Morgenlicht stand, hat ihn niemand gesehen. Seine Bewegungen, die sonst immer etwas Müdes, Jaghaftes hatten, waren von einer überraschenden Lebendigkeit. Das geheimnisvolle Wunder der Euphorie hatte aus dem runzigen Greisengesicht für einige Stunden ein Kinderantlitz von fast überirdischer Schönheit geschaffen.

Erschütternder, absurder Widerspruch, daß diese kristallreinen schimmernden Augen, diese zum ersten Male aufgeblühten roten Lippen, diese schneeweiße gemerkelte Stirn mit den schmalen dünnen Schläfen, daß all dies nichts anderes sind, als die untrüglichen Zeichen einer kurz vor dem letzten Atemzug stehenden völlig zerfressenen und zerfallenen Lunge. Das würgende Gift in seinem Arbeitsraum, das den Aktionären Dividenden in die Höhe trieb, hatte ihm die Brust innen zerfetzt und durchbohrt, wie einen alten perlöcheren Strumpf. Und so hatte man ihn ja dann auch fortgeworfen.

Gegen Abend zerbrach diese letzte zusammengepeitschte Kraft, das Fieber stieg noch einmal rasend in dem wehrlosen Körper. Um 1 Uhr schlief Kurt ruhig und ohne Temperatur. Das Gesicht wurde spitzer, der Kinnrücken immer schmäler. Das Kinn schob sich merkwürdig nach vorn.

Um 5 Uhr morgens wurde Kurt in einem grauen Leinentuch herausgetragen.

Er hatte das unerhörte Glück gehabt, in einem eigenen, schneeweiß bezogenen Bett zu sterben.

Licht, Luft und Sonne für Arbeiterkinder!

E. J. Sommertage, glühende Sonnenstrahlen liegen auf Straßen, Höfen und in Winkeln der Großstadt. Autos und Begleitwagen her, rüchloslos, ganz gleich, ob Leben oder Gesundheit der Straßenpassanten gefährdet ist. Ganz wenige Spielplätze gibt es, ihr Zustand ist meist alles andere, nur nicht hygienisch. Der früher einmal angelegte Sand zum Spielen ist schon längst nur noch Staub, jahrelang vielmals nur dürftige Anlagen, die vom Staub überzogen sind, wenige Bänke, auf denen ältere Leute genossen haben, sie wollen sich in der Sonne erwärmen, klagen sich gegenseitig ihr Rentnerdasein. Manche hoffen noch auf ein Entgegenkommen der Behörden, die meisten haben sich schon längst abgefunden, resigniert schauen sie in die Zukunft.

Diese Umgebung ist der Aufenthalt proletarischer Kinder in der Sommerzeit. Voriges Jahr war noch Platz an der Elbe. Aber auch da ist es vorbei, Spielplätze sind jetzt Rechnung getragen. Ein Sportplatz wird jetzt dort gebaut. Und die vielen, die sich dort tummelten, sind jetzt auf einem vorläufig noch freiem Platz zwischen Augustus- und Marienbrücke zusammengedrängt. Die „Hygiene“-Stadt hat verflucht wenig für ihre Kinder übrig. 100 000 Mark für monarchistische Studenten spielen keine Rolle, ergo Spielplätze für Arbeiterkinder spielen auch keine Rolle. Freudlos, das Bedürfnis, sich tummeln zu wollen, die Möglichkeiten fehlen, so wachsen unsere Kinder heran. Eine Frage, um die sich Eltern oftmals viel zu wenig kümmern.

Licht, Luft und Sonne für Arbeiterkinder!

Dieses Wort ist es, was uns leitete, indem wir dieses Jahr dazu übergangen, Ferienlager zu errichten. Manche Schwierigkeit galt es dabei zu überwinden, vor allem Dingen finanzieller Art. Rochmals bitten wir hiermit alle unsere Freunde, uns hierbei zu unterstützen. Zwei Wochen, dann ziehen unsere Kinder hinaus in die Lager. Helft uns mit im letzten Augenblick, sammelt in Zellen und Ortsgruppen, laßt unsere Marken zum Ferienlager. Ihr findet uns „Immer bereit!“

Jung-Spartakus-Bund Ostschlesien.

Verkehrsunfall. Als der Zimmermann Jacob aus Weißig am Sonntag nachmittag auf der Staatsstraße Dresden-Bauhen mit seinem Fahrrad nach links ausbiegen wollte, wurde er von einem Motorradfahrer angefahren und auf die Straße geschleudert, kam aber mit verhältnismäßig leichten Verletzungen davon. Schlimmer erging es aber dem Motorradfahrer und seiner jungen Mitfahrerin, die beide schwere Verletzungen erlitten, die ihre Überführung nach dem Krankenhaus nötig machten.

Kraftwagenzusammenstoß. Ein Zusammenstoß zweier Kraftwagen ereignete sich am Montag in den Nachmittagsstunden im Stadtteil Dresden-Strehlen an der bekannten Ecke der Jodel- und Topfiker Straße. Es wurde mehrerer Sachschaden anrichtet. Die Führerin des einen Autos wurde durch Glasplitter verletzt. Zwecks Klärung der Schuldfrage wurden von der Polizei entsprechende Erörterungen angestellt.

Bestrafung eines Eitelkeitsverleehers. In letzter Zeit trat im Schweizeriertel ein unbestimmter junger Barke auf, der Frauen und Mädchen belästigte. Durch sofort getroffene Maßnahmen gelang es vor einigen Tagen, den Täter auf trücker Tat zu überführen und festzunehmen. Es handelt sich um einen tschischen Handlungsgehilfen von hier.

Die großen Ferien beginnen für die Volksschulen und die höheren Lehranstalten Dresdens Donnerstag den 12. Juli. Letzter Schultag ist Mittwoch den 11. Juli. Am Montag den 20. August wird der Unterricht wieder beginnen.

Schriftliche Verträge mit dem Räte. An sämtlichen Stadtschulern und Wohlfahrtsvereinen sind Ratsbeschlüsse angebracht, die zur Aufnahme von Briefen an den Rat dienen. Auf dem Briefumschlag ist möglichst die Geschäftsstelle anzugeben, für die der Brief bestimmt ist. Die Briefstücken sind lediglich für den Verkehr mit den Ratsgeschäftsstellen bestimmt. Briefe an andere Behörden und Stellen dürfen nicht eingeleitet werden; sie werden nicht befördert.

Der letzte Wurf — der Bantrouleur

Struppen. Immer frampfhafter werden die Bemühungen der SPD unter Führung Richters um die Behebung des Bürgermeisterpostens. Da die erste Sitzung ihr keinen Erfolg brachte — unter dem Gelächter der Zuhörer hatte sie unverrichteter Sache abziehen müssen — hat sie jetzt erneut eine Sitzung mit diesem Thema beantragt. Anscheinend hat sie das Bedürfnis, sich noch lächerlicher zu machen, als das bisher schon geschehen konnte.

Riesenangst vor der vollständigen Pleite

bei der kommenden Wahl zum Gemeindevorstandeskollegium am 22. Juli scheint das Motiv zur Tat zu sein. Sie ist nur verständlich, wenn man weiß, daß der Mitgliederchwund bei der SPD so groß ist, daß sie gezwungen war, für ihre Kandidatenliste Ansuchen bei außerhalb ihrer Partei (der SPD) stehenden Arbeitern zu halten. Wir sind gespannt, wie lange die sozialdemokratischen Arbeiter diese Komödie noch mitmachen werden. Sicher ist das nach nicht der letzte Streich.

Werttätige Einwohner von Struppen, wollt ihr, daß damit Schluß gemacht wird, so antwortet am 22. Juli durch die Wahl von Kommunisten.

6. Landeskonferenz der JAH

Gewaltige Kundgebung in Riesa

Am Sonnabend und Sonntag fand in Riesa die 6. Landeskonferenz der JAH Sachsens statt. Die Veranstaltung wurde am Sonnabend eröffnet durch eine Demonstration mit anschließender Kundgebung.

Die Bevölkerung Riefas, die bei dem Streik im Lauchhammerwert die Tätigkeit der JAH gesehen, beteiligte sich in großer Zahl an der Kundgebung. Eine große Menge Demonstranten empfing die Delegierten am Bahnhof. In starker Zahl beteiligten sich die Arbeiter des Lauchhammerwertes an der Demonstration. Der Demonstrationzug bewegte sich durch die Stadt, von regen Sympathiebekundungen der Bevölkerung begrüßt. Eine anschließende Versammlung in der die Genossen Mared, Wien, Walze, Amterdam, und Dünninghaus, Berlin, sprachen, war außerordentlich gut besucht.

Auf dem am Sonntag tagenden 6. Landestag der JAH waren 65 Delegierte anwesend, davon gehörten 3 der SPD und 37 der KPD an, 25 waren parteilos.

Der Landessekretär der JAH Schumann gab einen Bericht über die Hilfsmittelmaßnahmen der JAH im vergangenen Jahre. Die JAH hat nicht nur bei Streiks und Ausperrungen der kämpfenden Arbeiterschaft die Solidarität der Arbeiterklasse praktisch bewiesen, sondern auch insbesondere eine umfangreiche Kinderhilfe organisiert. Bei der Hochwasserkatastrophe im Ostergebirge, die heute vor einem Jahre zu einer Schreckenstunde der Bewohner von Berggießhübel, Reudorf und anderen Orten wurde, hat die JAH gemeinsam mit dem JVB bewiesen, daß gerade die Werttätigen untereinander die größte Solidarität aufbringen, während Staat und Behörden bis heute noch nicht dafür gesorgt haben, daß berartige Katastrophen durch Lauperrbau usw. vermieden werden. Insbesondere hat die JAH auch durch Verkauf von Broschüren und Vereilen des Flugblätter dazu beigetragen, daß die Aufräumarbeit innerhalb der Arbeiterbewegung voranschreitet. Im vergangenen Jahre konnte

ten 10 neue Ortsgruppen gegründet werden. Aus dem Kassenbericht war zu ersehen, daß die JAH sich ständig weiter entwickelt. Der Gesamtumsatz der Kasse wurde in jedem Jahre um annähernd das Doppelte gesteigert.

Der Genosse Dünnhaus von der Reichszentrale der JAH sprach dann über sozialpolitische Tätigkeit. Wir werden über diese beiden Referate noch einen Bericht bringen.

Es wurde einstimmig beschlossen, ein Landesstatut für Sachsen auszuarbeiten. Dazu wurden einige Anträge angenommen. Der neue Landesvorstand wurde einstimmig gewählt.

Rationalisierung bei der Knappheitsstoffe

Frettal-Deuben. Mit welchen Methoden die Knappheitsstoffkrankheit des Steinlohnwerkes Fauterde umgeht, zeigt folgender Fall: Ich lag im Wartezimmer des betreffenden Arztes und hatte Gelegenheit, ein Telefongespräch mit anzuhören wo dem Arzt Vorschriften gemacht wurden über häufige Besuche der Kranken. Daraufhin führte der Arzt einige Fälle an, wo mitunter das Leben gefährdet ist, was natürlich unter den anwesenden Patienten große Empörung hervorrief. Es ist nachzuweisen, daß der betr. Arzt die Patienten nicht überläßt, aber in dringenden Fällen wird er als seine Pflicht erachtet, den betr. Patienten öfters aufzusuchen, trotz Vorbehalt der Knappheitsstoffe. Den Mitgliedern wir aber empfehlen, den Verweilung etwas mehr die Finger zu lassen, damit den Patienten in der Behandlung Kranken mehr Freiheit zuteil wird.

Frettal. Die Wassermenge des Gluckaufbades betrug gestern 21 Grad, heute morgen 20 Grad.

Waldrand

Königslein. Auf den Kloisdarfer Wänden wurde während eines Gewitters eine Kiefer durch einen Blitz in Brand gesetzt. Dadurch entzündete ein Waldbrand, dem eine umfangreiche Fläche zum Opfer fiel.

Schule für Schwerhörige und Ertaubte.

Protokoll der Elternversammlung. Am Sonnabend versammelte sich die Elternschaft der Staatl. Schule für Schwerhörige und Ertaubte zu einer Protokollversammlung. Nicht nur aus Dresden, sondern vor allem aus dem ganzen Lande waren Väter und Mütter erschienen, um ihren Willen gegen die vom tschischen Finanzministerium geplante Mitunterbringung der Schwerhörigen im Heim der Verzügiger Taubstummenanstalt kundzutun. Vorsitzender der Elternschaft und Schulleiter Lindner gaben zuerst einen Überblick über die geschichtliche Entwicklung der Schule. Die Schwerhörigen wurden anfangs mit in den Taubstummenklassen unterrichtet. Um aber der seelischen und geistigen Eigenart beider Gruppen Gehörgehöriger gerecht werden zu können, richtete man bald besondere Klassen für die schwerhörigen Kinder ein. 1915 war die Zahl der Klassen so weit gestiegen, daß man nun eine besondere Schule unter vollständiger Trennung von den Taubstummen füllen konnte, in der auch die schwerhörigen Kinder aus dem Lande im Schülerheim Aufnahme finden. Der jetzt bestehende Zustand muß als vorbildlich für das Schwerhörigenbildungswesen hingestellt werden. In der regen Aussprache kam zum Ausdruck, daß die geplante Verlegung schulisches einen Rückschritt brächte, noch mehr aber eine schwere Schädigung der betroffenen Kinder bedeute. Sie würden wieder verstärkt den Gefahren einer Gebärdenprache zum Schaden der Lautsprache ausgesetzt. Auch werde die Lehrstellenbeschaffung eine glatte Unmöglichkeit werden, wenn die Taubstummen und Schwerhörigen in einer Stadt unterzubringen sind. Alle Gründe, die gegen eine Verlegung sprechen, wurden schließlich in einer Resolution zusammengefaßt, die einstimmig Annahme fand.

Unterkunftshäuser. Die Hausverwaltungen der Ferienheime und Unterkunftshäuser im Gau Sachsen des W. Die Naturfreunde hatten zur diesjährigen Hüttenkonferenz im Königsteiner Heim 30 Delegierte entsandt. Die zwei Hauptreferate über „Zukunftsaufgaben im Uebernachtungswesen“ und „Die finanzielle Lage der Naturfreundehäuser“ lösten eine lebhafteste Debatte aus. Es zeigte sich der ernsthafteste Wille, die Ferienzimmer und Aufenthaltsräume mit einer Einrichtung zu versehen, die das Verleben der Ferienlagerer welche in den Naturfreundehäusern eingebaut sind, sollen praktisch und angenehm eingerichtet werden zum Nutzen der wandernden Jugend. Die Finanzen der Heime bauen sich auf durchaus gesunder Grundlage auf und geben zu Zukunftsperspektiven Anlaß. Besonders freudig wurde begrüßt, daß als längstes Heim am Auerberg, in 800 Meter Seehöhe die „Rote Grube“ zu einem Ferienheim und Winterportplatz ausgebaut wird und schon jetzt benutzt werden kann. Trotzdem wäre eine Förderung dieser sozialen Bewegung durch stärkere Beihilfen, als bisher, vom Staat und anderen Behörden notwendig zur Entlastung der Arbeiterschaft, die aus ihren geringen Lohnbeträgen in großer Opferbereitschaft die 16 Naturfreundehäuser erstellt hat. Im Wirtschaftsbetrieb und der Verwaltung ist das starke Bestreben vorhanden, an Speise und Trank für wenig Geld das Beste zu bieten, ebenso für wohltuende Schlafplätze Sorge zu tragen. Jeder Heimbesucher soll gern zurückkehren in den nächsten Jahren und in liebevoller Erziehung unter seinen Klassenangehörigen für harten Besuch der Unterkunftshäuser und Ausnutzung der Ferienlager werden. Als Abschluss unternehmen die Konferenzteilnehmer eine Besichtigung des Unterunkthaus am Raststein, dessen Ferien

richtung allseitig lobend anerkannt wurde, das gleich den übrigen keine Laxe weit offen hält zu frohem Ferienenuss und Freizeit erleben der Klassenbewussten Arbeiterschaft.

Selbstmord oder Unfall? Auf der Reichsbahnstraße Dresden-Bauhen, und zwar bei Klohsche, wurde am Sonnabend gegen 19 Uhr ein jüngerer Mann bewußtlos aufgefunden, dem das linke Bein abgefahren war. Man brachte den schwerverletzten Mann zunächst in eine Klinik nach Klohsche, wo er sofort operiert wurde. Ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben, ist der Verletzte gestorben. Nach den behördlichen Ermittlungen handelt es sich um den in Dresden am Popplitz 17 wohnhaft gewesenen, verheirateten und in der Mitte der zwanziger Jahre stehenden Bahnarbeiter Bruno Felix, der vermuteilt vom dem um diese Zeit verkehrenden Güterzuge abgefahren worden ist. Ob ein Selbstmord vorliegt, oder ob Felix den Güterzug benutzt hat, um ein Stück mitzufahren, und beim Abpringen verunglückte, hat sich bisher nicht aufklären lassen.

III. Was die Presse nicht zeigt

Was die Presse nicht zeigt... Die Wilmers macht man auf der 'Presse'...

Bei der Besprechung dieser Ausstellung würdigten wir schon diese Behauptung...



Berliner Tageblatt und Handels-Zeitung

Auf Anordnung des Oberkommandos in den Marken darf das 'Berliner Tageblatt' nicht erscheinen.

'Auf Anordnung des Oberkommandos darf die ... Zeitung nicht erscheinen'... Als Beleg soll das beigefügte Bild...

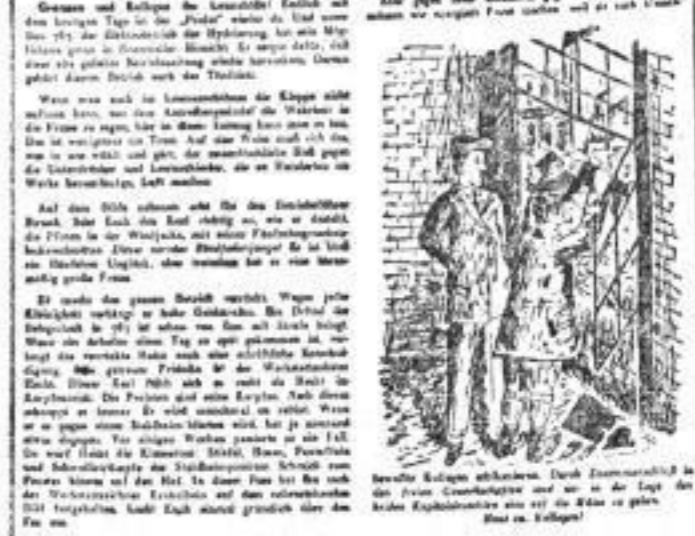
Auf der 'Presse' ist ein Sonderpavillon der 'Leipziger Neuesten Nachrichten'... Der Pavillon ist ein wenig angebaut...

Auf der 'Presse' sind auch Plakate zu sehen... Der Titel dieser Ausstellung lautet 'Deutsche Geschichte in Plakaten'...

Der Leuna-Prolet

Publikations- und Interessenorgane für die Belegschaft der Leunawerke

O Strunk, o Strunk, Du strunk'gar Strunk Von Dir hat man schon früh genug



Arbeiter Leunawerke... Betriebszeitung des Leuna-Werkes

Die Sozialisierung marschier!

Größer als die politische Gefahr ist die wirtschaftliche Notlage unseres Landes...

Das einheitliche sozialistische Arbeiterrecht auf freierlicher Grundlage

Die soziale Bewegung ist ein notwendiges Ergebnis der Entwicklung...

Wenn wir einig sind, ist uns die Zukunft sicher!

Das Reichministerium...

Was wollen die Spartakisten?

Die kommunist. Partei Deutschlands (Spartakusbund) ist die bestgeeignete Partei...

Warum? Weil sie der Arbeiter, der Dränger, will sie das sozialistische Bewusstsein...

Revolutionspartei... Spartakusbund...

Der Spartakusbund ist keine Partei, die über der Arbeiterklasse...

Der Spartakusbund lehnt es ab, mit Handlangern der Bourgeoisie...

Der Spartakusbund wird es auch ablehnen, zur Macht zu gelangen...

Die proletarische Revolution kann sich nur auf dem Wege...

Auf, Proletariat! Zum Kampf! Es gilt eine Welt zu erobern...

August 1921...

BOISHEMISMUS... Niemals aber Frieden... Illustration of a man in a top hat.

Handlung und Mineralwasserfabrik Heidan & Fehsel... Trink Meißner Felsenkeller Cabinet

Durch ständiges Inferno... Einen gewaltigen Schritt vorwärts

Arbeiter-Mandolinen-Konzert im Luftbad Cotta... HERMANN WEHLE NIEDERSEDLITZ RUF 925

FRITAL-DEUBEN

Wanda Oberlein, Obere Dresdner Str. 32
Manufakturwaren und Kleinfabrikation
63063

Brot- und Weißbäckerei
Arthur Wiedemann 63063
Zigarrenhaus F. MUNZ
Zigarrenhaus D. REUNER

BRAND-ERBISDORF

Sparkasse und Stadtbank
Brand-Erbisdorf
Zeitgemäße Zinsen / Hypothekvermittlung

OTTEND. RE-ORILLA

Kurt Willig, Radeburger Straße 38
H. Schulze, Radeburger Straße 66
Frieda Hönne, Radeburger Str. 72

Weiß und Feinbäckerei
MAX LIPPOLDT
Kolonialwaren u. Butterhandlung
Felix Petzold

Tharandt
Bieder u. Sohn, Schuhwarenhäuser
Tharandt-Gez.
Klippermühle
Ausflugslokal

Städt. Elektrizitätswerk
Brand-Erbisdorf
Eigene Installation
Reichhalt. Artikellager
Billigste Preise

Musikinstrumente
Sprechapparate, Schallplatten, Reparaturen
Schuhwarenhaus
K. Helbig, Gartenstraße 91

Eugen Martin
Lebensmittelhaus W. Rimpler
Willy Grundmann
Schöpsstraße 6

Heidenaus
Steffens Wäcker, Stemannstraße 9
Hobwarenhaus Otto Widmann

Fahrräder, Nähmaschinen, Musikapparate
Besucht die
Lichtspiele Heidenaus
RESTAURANT „ZUR LÖRSE“

Trinkt einheimische Erzeugnisse!
Bürgerliches Brauhaus Freiberg
Aktiengesellschaft
E. PILLER, Böhmisches Brauhaus, Freiberg

Edwin Hoyer
Lebensmittelhaus W. Rimpler
Gastwirtschaft und Fleischerei
Willy Grundmann

Niedersedlitz
Wag Schürger, Bahnhofstr. 7
Eisenwaren, Druck- und Rüdgergeräte

Fließ-Naundorf
Hermann Melchardt, Inh. Joh. Wolf
Lindners Restaurant

Freiberg
C. Krietsch, Bismarckstr. 33
Zigarren, Zigaretten, Tabake
Arno John, Hiltbergasse 12

Arthur Laßmüller
Paul Voigt, Kesselgasse 14
Feinbäckerei und Café
Joh. Urban

Herbert Hennig
Paul Naserl, Naup's
Gustav Dietze
Kolonialwaren / Spirituosen

Königsstein
Alfr. Zeilbig, Hermann-Hörig-Straße 127 b
Gasthof Stoll Dresden / Radeb. Bäckerei

Braunsdorf
Kurt Schumann
Dippoldiswalde
Hermann Voltz, Gerberplatz 210

Oberseifersdorf
Restaurations- und Fleischerei
Max Weidelt
Gasthof zur Fehlschenke

Schlegel-Burkersdorf
Reinhold Schmidt / Nr. 105
Oswald Münch
MAX NEUMANN

Nabenaus
Paul Morgerstein
Otto Bestler Nacht
Alfred Gärtner

Schmiedeberg
Qualitäts-Schuhwaren
G. Wenzel, Am Neumarkt 32c

Kurt Schreiber
Kohlen u. Holz
Hainsberg
Kästner & Michael

Lockwitz
Unteres Gasthof Podmitz
Kolonialwaren, Tabakwaren, Weine
Feine Fleisch- und Wurstwaren

Schlegel-Burkersdorf
Reinhold Schmidt / Nr. 105
Oswald Münch
MAX NEUMANN

Radeburg
Max Trepte, Karollinenstr. 90
Wäsche gut und billig
EMIL WEHRLE

Leser, berücksichtigt unsere Inserenten!!!

Hainsberg
Kästner & Michael
Karlotten, Kohlen u. Briketts
Hugo Hänbgen

Oppach
Restaurant zum Fuchsberg
Herren-, Damen- und Kinder-Kollektion
Willy Vierrother

Jautzen
Wäsche gut und billig
EMIL WEHRLE
Farbenspezialgeschäft
RICHARD EHRlich

Freital-Deuben
KAUFHAUS FORTUNA
M. Brühl, Könerstraße 4

Dresden-Ubigau
Gasthof Ubigau
Central-Apotheke
Ernst Hofmann

Dr. Trachlberge
Drogerie
Kurt Bachmann
Spezialgeschäft
Walter Feinhardt

Pirna
R.A. Schramm, Pirna
Eisenwaren / Werkzeuge
Haus- und Küchengeräte
Max Schäfer

Dresden-Reick
Paul Dorawa
Kloitzsch
Georg Groß

Mickten-Trachau
Fisch und Delikatessen
H. Bartsch
Kolonialware
Georg Dreßler

Pirna
M. Lemcke
Curt Kraemer, Lange Straße 4